



Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
Beigeordneter
Herrn Schmidt-Lamontain

Landeshauptstadt Dresden
Integrations- und
Ausländerbeauftragte

GZ: INAUSLB
Bearbeiter: Fr. Castillo/Dr. Günther
Telefon: (0351) 4 88 21 36/21 34
Sitz: II/096, II/097
E-Mail: icastillo@dresden.de
jguenther@dresden.de
Datum: 13.07.2016

Stellungnahme zur Vorlage V1243/16 - Entwicklungskonzept als integrierter Handlungsrahmen für das Gebiet „Soziale Stadt Dresden-Prohlis 2016 bis 2025“

Sehr geehrter Herr Schmidt-Lamontain,

ich stimme der o. g. Vorlage mit folgender Ergänzung zu:

Unter 3.3. Querschnittsaufgaben im Entwicklungskonzept, als Gliederungsüberschrift und Text:

Lokales Handlungsprogramm für Demokratie und Toleranz, gegen Extremismus der Landeshauptstadt Dresden

Im Oktober 2009 wurde das Lokale Handlungsprogramm für Demokratie und Toleranz und gegen Extremismus verabschiedet und seit 2010 umgesetzt. Neben dem formulierten Leitziel des Programms „Demokratie, Solidarität und Toleranz sind bestimmende Werte für die Dresdnerinnen und Dresdner“ wurden vier Handlungsfelder „Demokratieentwicklung“, „Erinnerungskultur“, „Inklusion“ sowie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ entwickelt. Das Programm richtet sich an alle Einwohnerinnen und Einwohner Dresdens.

Zur Umsetzung der Ziele in den genannten Handlungsfeldern und im Sinne der im Entwicklungskonzept angesprochenen Verzahnung mit dem Lokalen Handlungsprogramm erscheinen für das Gebiet Dresden-Prohlis folgende Punkte maßgeblich:

- Stärkung von Nachbarschaften und Quartiersnetzwerken zwecks Förderung von Inklusion und Beteiligung. Hier sind beziehungs- und partizipationsfördernde Maßnahmen für alle Menschen und vor allem für von sozialer Ausgrenzung betroffene bzw. gefährdete Personengruppen auszubauen, wie bereits vom Netzwerk „Prohlis ist bunt“ praktiziert
- Entwicklung wirksamer Maßnahmen zum Abbau von sozialer Segregation, Ausgrenzung und Diskriminierung
- Ausbau des Wohngebietes und der Nachbarschaft mittels geeigneter Maßnahmen zu einem Ort der Vielfalt und des Zusammenhalts unter Einbeziehung vorhandener Infrastrukturen
- Überprüfung des jetzigen Standes gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, um im Stadtteil konkrete Handlungsansätze dagegen zu entwickeln
- Stärkere Verankerung von Demokratieförderung und -bildung sowie Prävention menschenfeindlicher Haltungen in den Angeboten der sozialen und kulturellen Stadtteilarbeit, der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien sowie der Bildung
- Entwicklung wirksamer Mechanismen der Konfliktmoderation auf Quartiersebene

Folgende Ergänzung, die als nicht investive Maßnahme z. B. bei den Aufgaben des Quartiersmanagements (QM) eingeordnet werden kann, war bereits in meiner Stellungnahme vom 25. Februar 2014 zur Vorlage V2742/14 angezeigt:

- Aufbau einer mehrsprachigen Öffentlichkeitsarbeit nach den Bedarfen der vor Ort ansässigen Bewohnerschaft. Dies entspricht auch dem Prozess der interkulturellen Orientierung und Öffnung im Quartier.

Der Hinweis auf Seite 105 unter Punkt 7. Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie Stadtteileleben „Die Erstellung von mehrsprachigen Informationsmaterialien ist zu prüfen“ ist sicher ein erster Schritt, aber aus meiner Sicht nicht ausreichend.

Mit freundlichen Grüßen

Irma Castillo
SB Umsetzung des Integrationskonzeptes